

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzjettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Geschäfts- und Abrechnungswesen usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Vorlag Ulstein, Chefredakteur L. V. Julia Ribban.
Verantwortl. für den Gesamtinhalt (außer Handelsstell.) Dr. Carl
Wisch, Berlin. Für Rückfr. unverw. Manusk. ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruck-Zentrale Ulstein: Amt Döbhoff (A 7) 2600-2665,
für den Fernverkehr Amt Döbhoff 2608-2698. Telegramm-
Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postbezugskonto Berlin 659.

Saar-Aussprache in Genf

Vor dem Völkerbundsrat

Genf, 9. September | Ulstein-Nachrichtendienst
Am Ende der heutigen Sitzung des Völkerbundsrats kam die Angelegenheit des saarländischen Volksbefragungs zur Verhandlung. Der deutsche Außenminister hatte vor Beginn der Sitzung mit dem französischen Außenminister Briand eine kurze Unterredung, in der vermuthlich auf Drängen des deutschen Außenministers vereinbart worden war, die Verhandlung mindestens heute zu beginnen, um sie, wenn irgend möglich, nach einigen Tagen bereits abzuschließen zu können.

Infolge dessen erhaltete der Berichterstatter, der italienische Außenminister Grandi, noch in der Nacht bereits in die erste Nachmittagsstunde hineingelaufenen Sitzung seinen Bericht über die „Verkehrs- und Transitfreiheit auf den Eisenbahnen des Saargebietes“, unter Weglassung komplizierter Einzelheiten in den Passivaten fixierte. Zum Schluss wird darin erklärt, daß die Regierungskommission „im Rahmen ihrer Zuständigkeit der gegenwärtigen Situation der Rheinlandbefreiung Rechnung getragen habe, indem sie die Schutzkräfte für die Eisenbahnen herabsetzte.

Mit dem 31. August werden diese Schutzkräfte auf 200 französischer Soldaten und 60 belgische Soldaten herabgesetzt werden. Die Schutztruppe der Eisenbahnkommission (sei auf 70 Mann herabgesetzt werden, und man ändert zur Zeit die Möglichkeit einer weiteren Verabfolgung.

Briand möchte demnach den Vorschlag, der Rat möge den Berichterstatter beauftragen, mit den Vertretern Frankreichs und Deutschlands gemeinsam die Frage zu studieren und sie in späterer Sitzung wieder aufzunehmen.

Dr. Curtius erklärte, sich diesem Wunsch nicht entgegen zu können, bestand aber ausdrücklich auf dem grundsätzlichen Standpunkt der deutschen Regierung, wonach durch die Rheinlandbefreiung der Volksbefragung im Saargebiet vollkommen überflüssig geworden ist, und der Verfall der Vertrag der Regierungskommission ausreichte Möglichkeiten gibt, für alle vorerwähnten Fälle gerüstet zu sein.

Der Volksbefragung ist eine reine Sicherung der Clappen gewesen für die im Rheinland lebenden Volksgruppen. Nachdem diese Verhältnisse sich — erklärte Dr. Curtius — lediglich für die Aufrechterhaltung irgendeines Volksbefragung im Saargebiet einzelner Länder mehr. Er wolle aber dem Vorschlag des französischen Delegierten gern folgen unter Aufrechterhaltung eines grundsätzlichen Standpunktes. Er müsse nur darum bitten, daß

die Verhandlungen beschleunigt würden, denn er habe ein dringendes Interesse daran, daß diese Sache sobald als möglich erledigt werde.

Durch die wohl für Briand etwas unerwartet scharfe grundsätzliche Erklärung Dr. Curtius' übte sich der französische Außenminister veranlaßt, noch einmal zu sprechen. Auch seinerseits sehr vornehmlich, aber auch in der Sache sehr entschlossen. Briand erklärte, er setze durchaus an, daß der saarländische

Volksbefragung im wesentlichen nur eine Clappensicherung für die alliierten Truppen im Rheinland gewesen ist und daß, nachdem die Truppen nicht mehr im Rheinland ständen, er somit keine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, aber nicht gänzlich verloren habe. Er lese größtes Wert darauf, erklärte Briand weiter, zu betonen, daß Frankreich keineswegs den Wunsch habe, unter irgendeinem Vorwand die Anwesenheit französischer Soldaten im Saargebiet aufrechterhalten.

Frankreich habe lediglich die Sorge, daß die Gewißheit bestände, daß der Rheinlandbefreiung im Saargebiet unter allen Umständen aufrechterhalten werden kann. Deshalb setze er sich über die Zustimmung des deutschen Delegierten zu einer gemeinsamen Aussprache mit dem Berichterstatter, in der die ganze Angelegenheit noch einmal durchdiskutiert und zu einem, wie er hoffe, für beide Teile befriedigenden Ergebnis gebracht werden könne.

Ferngespräch Brüning — Braun

Konservative Störungswellen

Reichstagsler Dr. Brüning wird heute abend im Sportpalast sprechen. Es ist die erste Wahlverlesung des Zentrums in Berlin, in der der Kanzler als Hauptakteur auftritt, und Dr. Brüning wird diese Gelegenheit wohl nutzen, um als Chef der Reichsregierung einige politisch bedeutsame Erklärungen abzugeben.

Ministerpräsident Braun hat an den Reichstagsler zweimal, gestern wieder in Hamburg, die Frage gerichtet, ob die Aufhebung des Reichsministers Treutmanns zurecht, daß die Sozialdemokratie im nächsten Reichstag von der verantwortlichen Arbeit innerhalb der Reichsregierung ausgeschlossen werden sollte. Was Treutmann sagte, ist getreu im Sportpalast von General von Zettow-Borch in anderer Form wiederholt worden: Das Sprechen der Konservativen geht dahin, das Zentrum von den Sozialdemokraten zu trennen, also nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen. In diesem Bemühen würden Konservativen und Deutsch-Nationalen sich wieder begegnen.

Der Reichstagsler hat die erste Frage des preussischen Ministerpräsidenten mit der Gegenfrage beantwortet, ob die Sozialdemokratie es für möglich halte, mit einem Mann zusammenzuarbeiten, gegen den in sozialdemokratischen Flugblättern so schwere Anwürfe erhoben worden seien. Ministerpräsident Braun hat, indem er die allgemeine Hauptaussetzung ablehnte, mit einem klaren Ja geantwortet. Wird der Reichstagsler heute eine ebenso unangenehme Antwort geben?

Das ist nach der bisherigen Einstellung Dr. Brüning's, der es vermeiden thut, sich für die Zukunft festzulegen, nicht zu erwarten. Es ist eher unangenehm, daß der Reichstagsler auf den 14. Sep-

tember verwiesen wird, um den die deutschen Wähler die Entscheidung zu treffen haben, und daß er die Unterhaltung über Koalitionsmöglichkeiten auf die Zeit nach der Wahl vertagen wird.

Aber der Reichstagsler ist nicht nur über den künftigen Kurs interpelliert worden. Das sozialdemokratische Parteigang hat Feuerreden hervorgerufen. Persönlichkeiten des Zentrums stuzt der Herr, daß es nach den Wahlen „entweder ein arbeitsfähiges Parlament oder das letzte Parlament der Weimarer Zeit“ geben würde, zum Anlaß genommen, um an Dr. Brüning die Frage nach der Stellung zur Demokratie und zum System mit dem erhandelt einer Diktatur, zu stellen. Hier Rede und Antwort zu geben, wird der Reichstagsler nicht verweigern können, auch dann verweigern wollen.

Dr. Brüning hat mehrfach in früheren Reden sich als Gegner einer Diktatur betannt. Aber er hat nicht verdrängen können, daß das Bewußtsein der Diktatur immer erneut begann und Antriebe erhielt durch Feuerreden von Politikern, die dem gegenwärtigen Kabinett nahe stehen. Man würde wünschen, daß der Chef der Reichsregierung mit dem denkbar härtesten Nachdruck von diesen unzulässigen „Freunden“ abtrübt, indem er auch für die Zukunft die Aufrechterhaltung gibt, daß er und das Zentrum keinen Schritt, keine politische Handlung unternehmen würden, die sich nicht innerhalb der Grenzen der Weimarer Verfassung bewegt.

Scholz gegen die Nationalsozialisten

Alle Wähler, die jetzt täglich im Deutschen Reich gehalten werden, zu registrieren, ist unmöglich. Aber einige Momente sollen doch festgehalten werden. Dr. Scholz, der Führer der Deutschen Volkspartei, hat in Breslau Zungenberg vorgeworfen, daß er einen sehr gefährlichen Vorschlag gemacht, wenn er im kommenden Reichstag mit den Nationalsozialisten zusammengehen wollte. Er entsetze sich von der Behauptung sozialistischer Ideen in dem Augenblick, wo er mit „Sozialisten“ zusammengehen wie sie sich nennen, patiere. Goll man diese Behauptung als eine Lüge nehmen, daß die Deutsche Volkspartei im Reichstag nicht selbst mit Hitler patiere werde? Bisher ist Dr. Scholz eine solchen Erklärung ausgewichen.

Reichsfinanzminister Dietrich hat in einer großen Verlesung in Freiburg vor dem Volksmanns gewarnt, in den das Deutsche Volk sich hineingerade habe, und der die Unternehmungskraft lehne. Man dürfe Vertrauen zum Volk und Vertrauen zum Staat haben.

Dieter-Wilshof sprach gestern für die Staatspartei in Hamburg. Unter Verhältnis zu den rechten Parteien ist klar. Wir müssen sie niederzämpfen und wollen mit den anderen Parteien zusammenarbeiten, die den Forderungen des Staates Rechnung tragen. In Berlin wandte sich der Kandidat der Deutschen Staatspartei Dr. Weik gegen die Rüstungs-Forderungen Seelers. Der frühere Chef der Heeresleitung machte sich über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seiner Redenungen absprechend keine richtige Vorstellung.

Kara Georgs Gebelne

Belgrad, 9. September | Ulstein-Nachrichtendienst
Im Anblich auf die Verleihung der neuen jugoslawischen Fahne an die Truppenkörper, durch die der neue Kurs der einst heimlichen jugoslawischen Politik unterstrichen werden, fand heute in Belgrad, einer Stadt 60 Kilometer südlich von Belgrad, die Einweihung der belzeta von König Peter begonnenen Stützungs-

Schleßerei im Böhmerwald

München, 9. September | Ulstein-Nachrichtendienst

Aus dem Böhmerwald wird ein blutiger Grenzschußfall gemeldet. Ein deutscher Gendarmenkommissar, ein Zollbeamter und ein tschechischer Beamter gerieten in einem Ochsenschau in Böhmisches-Waldheim mit Fischen in Streit. Die Fische sollen sich über Anspielungen wegen der häufigen Einbrüche auf bayerisches Gebiet erbittert haben. Es entstand eine Aufruhr, und auf dem Rückweg zur Grenze wurden die deutschen Beamten beschossen. Es fielen etwa 40 Schüsse. Der Verhaftete wurde an der linken Brustseite schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus nach Weiden gebracht werden. Der Gendarmenkommissar erzielte, während er seinem Kameraden helfen wollte, einen Streichlauf am Kopf. Darauf erwiderte er das Feuer und verletzte den Wäldersführer der Fische durch einen Kopfschuß.

Exkaiserin Zita mißbilligt

Wien, 9. September | Ulstein-Nachrichtendienst

Nach einer an die „Neue Freie Presse“ gerichteten telegraphischen Mitteilung des Oberhofmeisters der Exkaiserin Zita Orafen zumwundt hat die Exkaiserin dem Erzherzog Albrecht ihre Zustimmung zu seiner mit Frau von Habsburg geschlossenen Ehe verweigert. Sie mißbilligt auch die Heirat des Erzherzogs mit der Erzherzogin, der ohne die Erlaubnis der Kaiserin die Ehe niemals hätte eingegangen dürfen.

Erzherzog Albrecht war in der vorigen Woche im Flugzeug nach Aquitaino gereist, um nicht nur die Zustimmung der Ex-

kaiserin zu seiner Heirat einzuholen, sondern auch die Protektion des spanischen Königs beim Ratifizieren des kirchlichen Annullations der ersten Ehe seiner Frau zu erlangen.

Die „Neue Freie Presse“ erklärt von maßgebender ungarischer Seite, daß Erzherzog Albrecht die Erklärung der Exkaiserin nicht beantworten werde, da er auf dem Standpunkt steht, daß für ihn als ungarischer Staatsbürger nicht die habsburgischen Aussprüche, sondern allein die ungarischen Staatsgesetze maßgebend sind, von denen keine Ehe gültig ist.

Hindenburg kehrt zur Wahl zurück

Das Vorbild des Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg schließt am Donnerstag seinen Urlaubsausschritt in Diersmühl ab. Er wird mittags in München eintreffen und ohne Aufenthalt mit dem saarländischen Schiedsgericht nach Berlin zurückkehren. Nach den Wahlen wird der Reichspräsident an den Mannöver der Reichswehr in Nordbayern teilnehmen.

In Genf werden am Sonntag keine Beratungen stattfinden, um der deutschen Delegation Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche auf deutschen Boden zu legen. Der ursprüngliche Plan, die Wahlfahrt von Genf aus in Joppeln zu machen, mußte wegen der Postaufhebung des Luftverkehrs aufgegeben werden. Die deutschen Vertreter von Regierung und Presse fahren zur Wahl nach Zürich.